Arbeitsbeschaffung

Autor(en): **Muggler, H.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **32 (1940)**

Heft 12

PDF erstellt am: **04.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-353011

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Arbeitsbeschaffung.

Von Herm. Muggler.

Die Arbeitsmarktlage hat sich gegenüber den Vormonaten wenig geändert. Mit einer Ziffer von rund 10,000 Ganzarbeitslosen darf sie als relativ günstig bezeichnet werden. Die Maschinen- und Metallindustrie erfreut sich noch immer einiger Exportaufträge, die gemeinsam mit den Inlandaufträgen die Fabriken gut zu beschäftigen vermögen. Grosse Nachfrage herrscht nach den wichtigen Textilprodukten, Nahrungs- und Genussmitteln und Bedarfsartikeln, und die Fabriken, die sich mit deren Herstellung befassen, haben nicht über Auftragsmangel zu klagen. Weniger günstig ist der Beschäftigungsgrad im graphischen Gewerbe und schlecht beschäftigt ist die gesamte Bauindustrie. Bedenklich ist die Lage in gewissen Exportindustrien, insbesondere denjenigen, die Luxusartikel herstellen oder hauptsächlich nach England und seinen Dominions lieferten. Sehr erschwert ist aber auch der Export nach Amerika und verschiedene Länder sind im Laufe der letzten zwei Jahre als Absatzmärkte verlorengegangen.

Wie sich die Lage weiter entwickeln wird, kann niemand sagen; neue kriegerische Verwicklungen können unserer Industrie weitere Schwierigkeiten bereiten. «Wenn es so bleibt, so wollen wir zufrieden sein», hört man oft sagen. Dies ist wohl richtig, doch dürfen wir nicht auf die Dauer mit dem gegenwärtigen Beschäftigungsgrad rechnen. Rohstoffmangel wird die Exportindustrie hemmen und wird auch den Fabriken, die für den Inlandbedarf arbeiten, Fesseln anlegen. Aber auch wenn wider Erwarten kein fühlbarer Rohstoffmangel auftreten sollte, dürfte sehr bald da und dort ein Nachlassen der Nachfrage zu verzeichnen sein, denn viele Aufträge werden zur Zeit nur aus Angst vor grossen Preisaufschlägen oder aus Furcht, bald keine Ware mehr zu erhalten, vergeben, haben also spekulativen Charakter und tragen zur Uebersättigung des Marktes bei. Es ist deshalb durchaus nicht ausgeschlossen, dass schon in kurzer Zeit, vielleicht schon zu Beginn des nächsten Jahres, eine Arbeitslosenziffer genannt wird, die weit über der heutigen steht. Dann wird die Frage, was die Behörden zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorgekehrt haben, mit aller Eindringlichkeit gestellt werden.

Die Arbeiterschaft stellt mit Recht schon heute die Frage, welche Massnahmen zur Vorbeugung von Arbeitslosigkeit getroffen worden sind. Man weiss von diesbezüglichen Zusicherungen des Bundesrates und von einem Arbeitsbeschaffungsprogramm, das ausgearbeitet wurde, aber man hört nichts von Beschlüssen oder doch bestimmten Absichten. Hoffen wir, dass die Behörden nicht von einer plötzlich eintretenden Arbeitslosigkeit überrascht werden und dass Arbeitsbeschaffungsprojekte vorliegen, die je nach Be-

dürfnis verwirklicht werden können. Das gesamte Schweizer Volk wäre bitter enttäuscht, wenn unsre Landesregierung in dieser Frage versagen würde, und der Wille, ein selbständiges Volk bleiben zu wollen, würde sicher in vielen Kreisen ins Wanken geraten. Man darf es deshalb überzeugten Demokraten und guten Schweizern nicht verargen, wenn sie mit Ungeduld auf das in Aussicht gestellte Arbeitsbeschaffungsprogramm warten und auch mit Vorschlägen nicht zurückhalten.

Was erwartet die Arbeiterschaft in bezug auf Arbeitsbeschaffung? Sicher keine unnützen Unternehmungen, sondern solche, die der Schweiz auf irgendeine Weise zum Nutzen gereichen werden. Es kann sich um im ganzen Lande verteilte Tiefbauarbeiten handeln, die vom Bund subventioniert werden, oder um Hochbauarbeiten, die vom Standpunkt der Arbeitsbeschaffung noch interessanter sind. Die Uebernahme eines Teils der Kosten durch den Bund könnten Gemeinden, Gesellschaften und Private dazu veranlassen, Bauten auszuführen, die sonst nicht in Angriff genommen würden. Neben solchen Ueberbrückungsmassnahmen sollten aber auch Vorkehrungen in Aussicht genommen werden, die einer Arbeitsbeschaffungspolitik auf weite Sicht entsprechen, nämlich solche, die

1. die Unabhängigkeit der Schweiz vom Ausland fördern,
2. die Exportfähigkeit unsrer Industrie steigern,
3. die Verbilligung der Produktion und der Lebenshaltung zum Ziele haben,
4. die Zugkraft der Fremdenindustrie erhöhen und
5. neue Arbeitsmöglichkeiten für den Nachwuchs schaffen.

Solche Massnahmen sind es vor allem, die das Volk erwartet, denn es glaubt an den Fortbestand unsrer demokratischen Schweiz und ist auch bereit, Opfer auf sich zu nehmen, wenn es gilt, die Wege für eine glückliche Zukunft des Landes zu ebnen.

Die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Schweiz kann gefördert werden durch Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, durch den Bau weiterer Elektrizitätswerke und durch bessere Ausnützung der allerdings nur spärlich vorhandenen Bodenschätze. Bestrebungen, die bekannten Erz- und Kohlenvorkommen auszubeuten und auszunützen, sind im Gange und verdienen weitgehende behördliche Unterstützung. Grosse Sumpfgebiete könnten entwässert und urbarisiert werden. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Bergtäler, die sich ständig mehr entvölkern und deren Nutzland immer mehr verwildert. Es sollte möglich sein, den Bergbauern das Leben zu erleichtern und Mittel zu finden, dass diese Produkte in den Handel bringen können, die verlangt werden, wie beispielsweise Käsespezialitäten, die immer noch importiert werden, und Qualitätsbutter. Der Kanton Tessin, heute ein Sorgenkind der Schweiz, könnte zu einem Grossproduzenten für guten Wein, Früchte und Blumen ausgebaut werden.

Dieser herrlichen Gegend kann man durch Investierungen und Einräumung besonderer Transportvergünstigungen helfen, und es ist nicht daran zu zweifeln, dass die Tessiner Bevölkerung keine Anstrengung scheuen wird, diese Massnahmen zu unterstützen.

Die Steigerung der Exportfähigkeit unserer Industrie kann gefördert werden durch die Subventionierung von Verbesserungen des technischen Produktionsapparates der Fabriken. Ferner durch die rationellere Gestaltung der Verkehrswege. der Ausbau der Wasserwege drängt sich auf. Schon vor einer Anzahl Jahren wurde die Erstellung eines Gotthardbasistunnels und der Ausbau des heutigen Tunnels zum das ganze Jahr passierbaren Autodurchgang propagiert. Dieses Projekt verdient unbedingt Beachtung; die Gotthardbahn würde die bequemste und billigste Verbindung zwischen Norden und Süden von Europa, und der Kanton Tessin käme der übrigen Schweiz näher zu liegen.

Als Ferienland wird die Schweiz immer Bedeutung haben, sofern sie sich den Verhältnissen anzupassen versteht. Da kaum mehr mit dem Zustrom der früher so beliebten Millionäre aus allen Teilen der Welt gerechnet werden kann, sollte vorab den kleinen Häusern ein spezielles Augenmerk gewidmet werden. Mit Hilfe der öffentlichen Hand könnten einige Dutzend alter, unschöner Hotelkasten zum Verschwinden gebracht und an deren Stelle kleinere, gemütliche und der Landschaft angepasste Häuser erstellt werden. Fliessendes Wasser und Zentralheizung sollten in keiner Gaststätte fehlen; auch bleibt noch vieles in Naturschutz und Spazierwegbau zu machen.

Neue Arbeitsmöglichkeiten könnten durch die weitgehendere Förderung der wissenschaftlichen Forschung und durch die Unterstützung sogenannter geborener Erfinder geschaffen werden.

Alle die hier nur andeutungsweise angeregten Massnahmen sind für die Zukunft der Schweiz von Bedeutung, bringen aber auch sofort Arbeit, und zwar weiten Kreisen des Volkes und der Industrie. Die Behörden werden sich aber nicht auf die Planung und Organisierung solcher Arbeiten beschränken dürfen, sondern werden auch fürderhin die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartementes in die Arbeitsbeschaffung einspannen müssen. Durch den Abschluss von Clearingverträgen und durch die Uebernahme von Risikogarantien kann der eigentlichen Exportindustrie unter die Arme gegriffen werden. Schliesslich darf erwartet werden, dass auch das politische Departement mithilft, der Schweiz den internationalen Wettkampf zu erleichtern. Noch unterhält die Schweiz keine diplomatischen Beziehungen zu Russland, das, allen gegenteiligen Behauptungen zum Trotz, als Abnehmer unserer Industrieprodukte in Betracht kommt. Man darf auch hoffen, dass das politische Departement auf dem Posten ist, wenn die Neuordnung der Welt, von der beide kriegführenden Parteien sprechen, zur Dis-

kussion steht, und dass dann die Gelegenheit benützt wird, der Schweiz die Grundlage zu erkämpfen, die ihr gestattet, sich weiter zu entwickeln.

Der Bundesrat hat ein grosses Wort gesprochen, als er verkündete, dass für alle Schweizer Arbeit beschaffen werde, koste es, was es wolle. Das Volk hofft, dass der Bundesrat zur gegebenen Zeit die Kraft und den Willen zeige, dieses Versprechen einzulösen.

Wirtschaft.

Die schweizerischen Banken im Jahre 1939.

Die Schweizerische Nationalbank veröffentlicht jedes Jahr eine detaillierte Statistik über das schweizerische Bankwesen, die wertvolle Einblicke in einen der wichtigsten Teile unserer Volkswirtschaft gewährt. Von dieser Statistik werden alle dem eidgenössischen Bankwesen unterstellten Bankinstitute erfasst. Ende 1939 bestanden 7 Grossbanken, 27 Kantonalbanken, 216 Mittel- und Kleinbanken, 111 Sparkassen und 2 Verbände von landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften (Raiffeisenkassen). Insgesamt sind das 363 Bankunternehmungen. Da manche davon, namentlich die Gross- und die Kantonalbanken, noch Zweigniederlassungen, Depositenkassen und Einnehmereien haben, so ist die Zahl der Bankstellen viel grösser; sie beträgt 3224. Da die Schweiz rund 3000 Gemeinden zählt, trifft es somit im Durchschnitt ungefähr auf jede Gemeinde eine Bankstelle. Kein anderes Land dürfte derart mit Banken gesegnet sein. In den Städten und grösseren Ortschaften befinden sich mehrere, oft nur allzu viele Bankgeschäfte, während anderseits in sehr vielen Gemeinden keine Bankstellen sind.

Ueber die Entwicklung des schweizerischen Bankwesens gibt folgende Tabelle Aufschluss:

	Einbezahltes Kapital	Reserven	Fremde Gelder	Davon Spareinlagen	Bilanzsumme	Reingewinn	Dividende
	in Millionen Franken				in Millionen Franken		
1906	712	206	4,917	1367	6,350	62	46
1913	1035	304	7,170	1771	9,325	74	64
1925	1391	429	12,285	3410	14,774	117	96
1930	1889	654	17,956	5517	21,530	169	132
1935	1683	589	14,862	5767	17,552	47	73
1936	1545	610	15,493	5690	18,080	82	76
1937	1514	626	15,931	5986	18,497	99	79
1938	1509	625	15,722	6232	18,297	96	78
1939	1494	626	15,196	6132	17,720	88	71

Die Ausdehnung der Banken geht vor allem hervor aus den Angaben über die fremden Gelder, d.h. die vom Publikum und der Geschäftswelt gemachten Einlagen sowie über die Bilanzsumme. Der Höhepunkt der Expansion der schweizerischen Banken wurde 1930, am Ende der Jahre der Hochkonjunktur, erreicht. Damals verfügten die Banken im ganzen über 21½ Milliarden Franken, wovon rund 18 Milliarden Franken fremde Gelder waren. Nachher wurden die Banken von der Krise scharf erfasst, und verschiedene Institute waren dem Sturm nicht gewachsen, andere mussten gestützt oder saniert werden. Die Bilanzsumme sank 1935 auf 17,6 Milliarden Franken. Seither ging die Entwicklung wieder aufwärts, die Bankeinlagen nahmen zu